

## VOM SCHUL- ZUM BILDUNGSSTREIK

2008 sind beim "Schulstreik" zum ersten Mal bundesweit Schülerinnen und Schüler gemeinsam auf die Straße gegangen um gegen die vielfältigen Probleme im deutschen Bildungswesen zu demonstrieren.

Im Juni 2009 hat sich die Masse der Protestierenden auf 270.000 ausgeweitet. Durch den Zusammenschluss von SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden haben wir bundesweit deutlich gemacht, dass die Missstände im Bildungssystem nicht mehr weiter hingenommen werden!

Nach dem großen Anklang in den Medien und in der Öffentlichkeit wollen wir nun mit dem Bildungsstreik im Winter an die bisherigen Entwicklungen anknüpfen. Denn obwohl unser Protest gezeigt hat, dass die Forderungen des Bildungsstreiks von einer breiten Masse der Bevölkerung getragen werden, hat sich in der Bildungspolitik nichts Grundlegendes verändert.

Mit unserem gemeinsamen Protest wollen wir unsere Kräfte bündeln und zeigen, dass wir trotz teilweise unterschiedlicher Probleme auf das gleiche Ziel hinarbeiten: Ein sozial gerechtes und qualitativ gutes Bildungssystem, das allen offen steht, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft oder ihrem finanziellen Hintergrund.

### BILDUNGSSTREIK?

Der Bildungsstreik ist ein bundesweiter Protest gegen die konkreten Missstände und strukturellen Probleme unseres Bildungssystems. Die Liste der Betroffenen und UnterstützerInnen ist lang, sie reicht von Studierenden über SchülerInnen und Auszubildende bis hin zu Lehrenden und Kunstschaffenden.

Der bundesweite Aktionstag am 17. November ist der Auftakt zu einem heißen Herbst. Gleichzeitig mit verschiedenen anderen Aktionen im ganzen Land rufen wir in Tübingen zu einer Vollversammlung aller SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden aus der Region auf. Zusammen wollen wir uns darüber klar werden, wie wir praktisch etwas gemeinsam erreichen können.

## TERMINE

### Vollversammlung aller SchülerInnen, Studierenden und Auszubildenden

Dienstag, 17. November 2009, 16 Uhr vor der Neuen Aula (Geschwister-Scholl-Platz 1 in Tübingen)

### Landesweite Bildungsstreik-Demo

Samstag, 21. November, 14:30 Uhr  
Lautenschlagerstraße (beim Hbf)

Weitere Termine ergeben sich noch oder sind schon aktuell auf unserer Homepage unter [www.tuewas.org](http://www.tuewas.org) zu finden.

## KONTAKT

Web: [www.tuewas.org](http://www.tuewas.org)

Mail: [bildungsstreik-tue@fsrvv.de](mailto:bildungsstreik-tue@fsrvv.de)

Bildungsstreik-Handy: 0176 – 75 68 28 12

Unser Newsletter ist über [www.tuewas.org](http://www.tuewas.org) zu beziehen.

Kupferbau-Besetzung:

<http://kupferbau.ernst-bloch-uni.de>

Der Bildungsstreik in Tübingen ist ein gemeinsames Bündnis aus vielen Einzelpersonen sowie folgender Tübinger Gruppen:

AK "Freie Bildung" der Fachschaften-Vollversammlung, [solid].SDS Hochschulgruppe, Marxistische Aktion, Grüne Jugend, Juso Hochschulgruppe, ver.di Jugend, Linksjugend [solid], GEW Hochschulgruppe

# BILDUNGSSTREIK IM HERBST 2009 IN TUEBINGEN



**TUE WAS.ORG**  
AKTIONSTAG  
17. NOVEMBER

BUNDESWEIT #  
**BILDUNGSSTREIK**  
TUEBINGEN 2009

## **FORDERUNGEN UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER SCHÜLERINNEN**

Die Zustände in unserem Schulsystem sind nach wie vor inakzeptabel. Unsere Schulen sind dominiert von sozialer Selektion, Leistungsdruck und autoritären Strukturen.

Durch das von Konkurrenz geprägte Schulsystem werden SchülerInnen dazu getrieben, gegeneinander, statt miteinander zu lernen. Wer nicht mithalten kann, wird aussortiert, nicht nur in der Schule, sondern auch später im Berufsleben. Darüber hinaus spielen auch Faktoren wie die soziale Herkunft eine Rolle. Finanziell schwächere Familien können beispielsweise kaum Geld für Nachhilfe und Lernmittel aufbringen. Somit sind ihre Kinder im Konkurrenzkampf von Anfang an benachteiligt.

Durch die Verkürzung des Gymnasiums von 9 auf 8 Jahre wird der Leistungsdruck enorm verstärkt.

Die Umstellung auf G8 ist Ausdruck eines Trends, in dem SchülerInnen immer größeren körperlichen und geistigen Belastungen ausgesetzt werden und Schulen zu bloßen Lernfabriken verkommen. Es geht nicht um die SchülerInnen, denn diese sollen so schnell und reibungslos wie möglich für die Wirtschaft bereitgestellt werden.

Da es in diesem System nicht um die Interessen der SchülerInnen geht, sondern die Wirtschaft im Mittelpunkt steht, ist eine Einflussnahme der SchülerInnen auf den Schulalltag nicht vorgesehen.

Das Bemühen der SchülerInnen, mehr Mitbestimmung zu erreichen und an den bestehenden Zuständen etwas zu ändern, wird oft mit Repression geahndet, was selbstbestimmtes Handeln unterdrückt und zu einem Klima der Unzufriedenheit führt.

### **Deshalb fordern wir**

- die Einführung von Gesamtschulen, in denen SchülerInnen individuell gefördert werden
- die absolute Lernmittelfreiheit
- die Abschaffung von autoritären Strukturen und somit mehr Mitbestimmung und mehr Wahlmöglichkeiten für SchülerInnen
- die Schaffung eines Bildungssystems ohne Leistungsdruck
- die Abschaffung von G8
- die Beendigung des Einflusses der Wirtschaft auf die Schulen



## **FORDERUNGEN UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER STUDIERENDEN**

Weltweit ist Bildung im Wandel: Elitäre Ideologien drängen eine zur kritischen Reflexion befähigende, gemeinwohlorientierte Bildung immer mehr zurück. Im Zuge dessen wird Bildung den Bedürfnissen des Marktes angepasst und damit selbst mehr und mehr zur Ware. Global sind es die GATS-Verträge, in Europa der Bologna-Prozess, die den Kern dieser Entwicklung bilden.

Unser Bildungsideal sieht anders aus. Daher fordern wir:

### **DIE SOZIALE ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN:**

- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen
- Master für alle und nicht nur für knapp ein Drittel der Bachelor Studierenden
- die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung
- nicht rückzahlungspflichtiges und elternunabhängiges BAFöG

### **DIE ABSCHAFFUNG VON BACHELOR / MASTER IN DER DERZEITIGEN FORM:**

- das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung
- die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium
- vereinfachte Anerkennung von Studienleistungen beim Hochschulwechsel
- Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss

### **DIE DEMOKRATISIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS:**

- Einführung von verfassten Studierendenschaften mit politischem Mandat und Finanzautonomie auch in Baden-Württemberg und Bayern
- die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem, u.a. durch Viertelparität in den Hochschulgremien
- Geschlechtergerechtigkeit bei der Vergabe von Lehraufträgen, Doktorandenstellen und Professuren

## **DIE VERBESSERUNG DER LEHR- UND LERNBEDINGUNGEN:**

- die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in allen Bereichen an Hochschulen und Schulen
- die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau und die gezielte Förderung guter Lehre
- die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung
- keine Vernachlässigung der Lehre zugunsten der Forschung
- Zulassung und Gleichstellung von gesellschaftskritischer Wissenschaft und Lehre

## **DIE ABKEHR VON DER ÖKONOMISIERUNG DES BILDUNGSSYSTEMS:**

- kein Zwang zur Einwerbung von Drittmitteln, sondern ausreichende Finanzierung durch den Staat
- keine Berücksichtigung von Rankings bei politischen oder finanziellen Entscheidungen an Universitäten
- kein Sponsoring an Bildungseinrichtungen

Diese Forderungen werden von vielen Menschen geteilt, weil sie uns der Verwirklichung des Menschenrechts auf Bildung näher bringen. Für eine tatsächliche Demokratie ist unsere Forderung nach einem frei zugänglichen, öffentlich finanzierten und emanzipatorisch ausgerichteten Bildungssystem unerlässlich. Derzeit geht es durch die Ökonomisierung der Bildung in eine andere Richtung: Die Hochschulen sind zunehmend abhängig von der Wirtschaft, ihre Funktion in der Gesellschaft hat sich gewandelt. Das ist kein Zufall! Bildung wird den Gesetzen des Marktes unterworfen; Konkurrenz reproduziert soziale Ungleichheit und Verwertungslogik. Um unsere Forderungen durchzusetzen bedarf es daher letztlich gesamtgesellschaftlicher Veränderung.

## **Da Bildung nicht erst an der Hochschule beginnt, fordern wir darüber hinaus:**

- kostenlose Krippenplätze für alle und eine gerechte Entlohnung von ErzieherInnen

